



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

10. Ratssitzung vom 8. Juli 2026

423. 2025/376

Motion von Tanja Maag (AL), Pascal Lamprecht (SP), Luca Maggi (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 03.09.2025:

Städtische sowie beauftragte stationäre und ambulante Gesundheits- und Betreuungsinstitutionen, Lohnanpassung oder Funktionsstufenerhöhung für die pflegerischen und betreuenden Assistenzberufe

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Pascal Lamprecht (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5021/2025):
Die Unterzeichnenden und unsere drei Fraktionen stehen hinter einem transparenten und fairen Funktionslohnsystem. Funktionslöhne schaffen Nachvollziehbarkeit, fördern die Gleichbehandlung und verhindern, dass der Lohn vom Verhandlungsgeschick oder persönlichen Beziehungen abhängt. Gerade in grossen Organisationen sind sie ein wichtiges Instrument für Fairness und Transparenz. Ein Lohnsystem ist kein Selbstzweck. Sein Zweck besteht darin, gute und qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen, zu halten und Verantwortung angemessen zu entschädigen. Genau da stehen wir heute vor einer grossen Herausforderung. Die Pflegeberufe leiden seit Jahren unter dem ausgeprägten Fachkräftemangel. Gleichzeitig steigen die Anforderungen laufend. Patientinnen und Patienten werden älter, Behandlungen komplexer und die Verantwortung des Pflegefachpersonals wird grösser. Dazu kommen Schichtarbeit, Nacht- und Wochenenddienste sowie eine hohe körperliche und psychische Belastung. Wenn eine Berufsgruppe trotz hoher Verantwortung, hoher Belastung und grosser gesellschaftlicher Bedeutung dauerhaft zu wenig Personal findet, muss man sich Fragen stellen. Nämlich, ob die heutige Entlohnung den tatsächlichen Anforderungen und Realitäten des Arbeitsmarkts entspricht. Dabei geht es nicht um eine willkürliche Aufweichung des Lohnsystems. Es gibt sachlich begründete Möglichkeiten, auf diese Situation zu reagieren. Wo die Anforderungen einer Funktion objektiv gestiegen sind, muss eine Überprüfung der Funktionsbewertung und gegebenenfalls eine Höherstufung möglich sein. Dort, wo die Funktionsbewertung weiterhin korrekt ist, der Arbeitsmarkt aber nicht mehr richtig spielt, können gezielte Arbeitsmarktzulagen oder Lohnanpassungen ein geeignetes Instrument sein – allenfalls als Zwischenschritt. Viele Grossunternehmen gehen heute diesen Weg.



Sie halten am Grundsatz der Funktionslöhne fest, reagieren aber auf veränderte Marktbedingungen mit Zulagen, Fachkarrieren oder erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Lohnbänder. Für die SP ist klar: Die Pflege darf nicht schlechter als andere Berufsgruppen behandelt werden, bei denen auf den Fachkräftemangel mit gezielten Lohnmassnahmen reagiert wird. Wer von der Pflege mehr Verantwortung, mehr Flexibilität und mehr Einsatz verlangt, muss auch bereit sein, über die Entlohnung zu sprechen. Die Alternative sehen wir heute: offene Stellen, hohe Fluktuation, steigende Belastung des verbleibenden Personals und letztlich eine Gefährdung der Versorgungsqualität. Deshalb verlangen wir eine ergebnisoffene Überprüfung der Entlohnung in den Pflegeberufen. Wo eine Anpassung der Funktionsstufe gerechtfertigt ist, soll diese erfolgen. Wo gezielte Lohnmassnahmen und Arbeitsmarktzulagen sinnvoller sind, sollen sie geprüft werden. Das Programm «Stärkung Pflege» führte bereits zu einer Verbesserung der Personalsituation. Das Ziel eines Lohnsystems ist nicht die Bewahrung bestehender Strukturen um jeden Preis. Das Ziel ist eine faire, nachvollziehbare und konkurrenzfähige Entlohnung, die sicherstellt, dass auch in Zukunft genügend qualifizierte Pflegefachpersonen in unserem Gesundheitswesen gewonnen und gehalten werden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Die Umsetzung der Pflegeinitiative war mir ein wichtiges Anliegen, entsprechend rasch haben wir gehandelt. Ich habe das Programm «Stärkung Pflege» in Auftrag gegeben und die Umsetzung beschlossen. Die Resultate können sich sehen lassen: Wir haben heute eine tiefere Fluktuation, eine höhere Flexibilität, bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine einfachere Karriereplanung. Zudem haben wir im Rahmen von «Stärkung Pflege» die Funktionsstufen überprüft, wodurch ein Grossteil der Pflege- und Betreuungsberufe heute höhere Löhne hat. Man kann sagen, dass die Anstellungsbedingungen jener Menschen, die aktuell in der Betreuung und Pflege bei der Stadt Zürich arbeiten, insgesamt sehr attraktiv sind. Daher haben wir im Vergleich zu vor wenigen Jahren bei den meisten Funktionen deutlich weniger oder gar keine Probleme bei der Rekrutierung mehr. Die Löhne sind über dem Marktdurchschnitt, womit wir uns bei den Mitbewerber*innen nicht immer beliebt machen. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass auch Assistenzberufe einen grossen Beitrag zu unserem Gesundheitswesen leisten. Wir überprüften im Rahmen von «Stärkung Pflege» auch diese Funktionen. Die Überprüfung ergab, dass sich ihre Anforderungen und Arbeitsbedingungen nicht signifikant verändert haben. Somit war eine Höherstufung nicht angebracht. Auch diese Gruppe hat bereits Löhne, die über dem Marktdurchschnitt liegen. Die Funktionsketten und Funktionsstufen im städtischen Lohnsystem sind aufeinander abgestimmt. Je umfangreicher und komplexer eine Funktion ist, umso höher ist die Funktionsstufe. Wenn man eine Gruppe oder zwei Funktionen einfach anpasst, hätte das zur Folge, dass man das gesamte System – zumindest in der Pflege – noch einmal überprüfen müsste. Es hätte auch zur Folge, dass andere Funktionen in dieser Funktionsstufe, die nicht im Gesundheitswesen arbeiten, überprüft werden müssten. Das wäre im Moment sicher nicht hilfreich. Zusammengefasst lässt sich sagen: Die Stadt Zürich verfügt über sehr attraktive Arbeitsbedingungen. Wir haben mittlerweile sehr wenige*



Probleme, die richtigen Leute zu finden und zu behalten. Das ist ein gutes Zeichen. Deshalb lehnt der Stadtrat die Motion ab. Wir sind aber bereit zu prüfen, ob es im Rahmen des Programms «Stärkung Pflege» weitere Möglichkeiten gibt, diese Berufsgruppe mit Work-Life-Balance, Flexibilisierung oder weiteren Fortbildungen zu unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Hofstetter (FDP): *Die FDP lehnt die Motion wegen formaler und inhaltlicher Gründe ab. Niemand in diesem Rat bestreitet die Wichtigkeit der Arbeit der Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales sowie der Pflegehelferinnen und -helfer. Sie leisten täglich einen wertvollen Beitrag für die Betreuung und Pflege der vielen Menschen in unserer Stadt. Gerade deshalb müssen wir sauber zwischen der Anerkennung einer Berufsgruppe und der Frage ihrer Einstufung im städtischen Lohnsystem unterscheiden. Die Motion verlangt eine Lohnanpassung bzw. Höherstufung dieser Funktion. Dabei wird ausgeblendet, dass diese Funktionen bereits im Rahmen des Programms «Stärkung Pflege» umfassend überprüft wurden. Der Stadtrat legte dar, dass die Prüfung der Assistenzfunktionen ausdrücklich Teil dieser Überprüfung war. Die Ergebnisse sind klar: Die Anforderungen, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in diesen Funktionen haben sich seit der letzten Auswertung nicht in einem Ausmass verändert, das eine höhere Einstufung rechtfertigen würde. Man kann das Ergebnis von linker Seite bedauern, aber man kann nicht so tun, als hätte diese Überprüfung nie stattgefunden. Hinzu kommt, dass die Stadt Zürich bereits überdurchschnittliche Löhne bezahlt. Gemäss der vom Stadtrat zitierten Marktanalyse liegen die Löhne bei diesen Funktionen mehr als drei Prozent über dem Schweizer Durchschnitt. Sie liegen auch über dem Durchschnitt des Kantons Zürich. Von einer Benachteiligung kann also keine Rede sein. Für die FDP ist entscheidend, dass das städtische Lohnsystem nach nachvollziehbaren und für alle geltenden Kriterien funktioniert. Wer für einzelne Berufsgruppen eine politische Höherstufung fordert, obwohl die fachliche Überprüfung bereits erfolgte, schwächt die Glaubwürdigkeit des Systems. Dann stellt sich morgen dieselbe Frage bei den Mitarbeitenden der Verkehrsbetriebe (VBZ), übermorgen bei der Stadtpolizei und überübermorgen bei anderen Berufsgruppen, die auch eine hohe Verantwortung tragen und für das Funktionieren unserer Stadt unverzichtbar sind. Das Lohnsystem darf nicht davon abhängig sein, welche Berufsgruppe ihre politischen Anliegen am besten und wirksamsten vorbringen kann. Es muss nach objektiven Kriterien funktionieren oder es verliert an Legitimation. Wir lehnen auch die Umwandlung in ein Postulat ab. Ein Postulat macht dann Sinn, wenn eine Frage offen ist oder zusätzlicher Prüfbedarf besteht. Das ist hier nicht der Fall. Der Stadtrat erklärt auf mehreren Seiten, dass die Einstufung überprüft worden und sachgerecht sei und dass eine Höherstufung erhebliche Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge hätte. Weil die Prüfung stattfand und das Ergebnis vorliegt, braucht es keine weitere Prüfung derselben Frage. Sonst beschäftigen wir die Verwaltung mit einem Auftrag, bei dem wir die Antwort bereits kennen. Die FDP anerkennt die Leistungen der Assistenzberufe, aber das allein ist leider kein Argument für eine Höherstufung.*

Yves Peier (SVP): *Die Arbeit von Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Sozi-*



ales sowie von Pflegehelferinnen und -helfern SRK (Schweizerisches Rotes Kreuz) verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Ihr Beitrag zur Betreuung und Versorgung in unseren Institutionen ist wertvoll und sehr wichtig. Die vorliegende Motion überzeugt die SVP jedoch nicht. Die betroffenen Funktionen wurden im Rahmen des Programms «Stärkung Pflege» bereits umfassend überprüft. Dabei zeigte sich, dass sich die Anforderungen, Verantwortung und Kompetenzen seit der letzten Bewertung nicht wesentlich verändert haben. Die heutige Einstufung wurde deshalb bestätigt. Das städtische Lohnsystem basiert auf objektiven Kriterien wie Ausbildung, Verantwortung sowie Komplexität einer Aufgabe. Eine Höherstufung ohne veränderte Anforderungen würde die Glaubwürdigkeit und Fairness des Systems infrage stellen. Zudem hätte eine isolierte Anpassung Auswirkungen auf das ganze Lohngefüge und würde weitere Forderungen auslösen. Auch finanziell wäre es schwierig zu rechtfertigen, zumal die Stadt Zürich schon heute attraktive und überdurchschnittliche Löhne bezahlt. Die Herausforderungen im Gesundheitswesen löst man nicht primär über höhere Löhne, sondern über gute Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und attraktive Weiterentwicklungsperspektiven. Aus diesen Gründen lehnt die SVP die Motion und das Postulat ab.

Beat Oberholzer (GLP): Der Vorstoss ist sicher gut gemeint. Die GLP ist aber zum Schluss gekommen, dass er nicht ganz durchdacht ist. Deshalb lehnen wir ihn ab. Dies nicht deshalb, weil wir die Arbeit der beiden Pflegeberufe nicht wichtig fänden. Natürlich leisten die Pflegehelferinnen und -helfer und die Assistenzen Gesundheit und Soziales unverzichtbare Arbeit. Das wird auch sehr geschätzt. Wir haben dem Stadtrat aber mitgegeben, dass er die Löhne des Pflegepersonals umfassend überprüfen solle. Diese Arbeit war nicht ganz einfach. Deshalb soll das daraus entstandene Programm «Stärkung Pflege» auch positiv hervorgehoben werden. Die Stadt hob mit diesem Programm viele Löhne an, indem einzelne Funktionen in höhere Funktionsstufen gesetzt wurden. Davon profitierten rund 70 Prozent der Mitarbeitenden. Aber natürlich hob die Stadt nicht einfach alle Löhne linear an, sondern durchleuchtete die Funktionen, definierte sie neu und prüfte auch vereinzelt neu. In diesem Vorstoss wird so getan, als hätte die Stadt zwei Berufe vergessen. Wenn man das so sieht, wird das Programm «Stärkung Pflege» zu wenig wertgeschätzt. Die verschiedenen Funktionsstufen sind aufeinander abgestimmt. Gewisse Berufe haben eine kürzere Ausbildungszeit oder eine nicht ganz so hohe Verantwortung und sind deshalb nicht mit anderen Berufen gleichzusetzen. Wenn man an der einen Funktion schraubt, muss man auch an den anderen wieder schrauben. Deshalb können wir mit dieser Motion nicht mitgehen. Abenteuerlich ist auch die Forderung, dass der Stadtrat dazu eine kreditschaffende Weisung bringen soll. Als ob es üblich wäre, dass die Stadt Löhne von Mitarbeitenden in eine Weisung verpackt. Der Stadtrat liess durchblicken, dass er andere Massnahmen sieht, um die Situation für die beiden Berufsgruppen zu verbessern. Deshalb unterstützt die GLP den Vorstoss als Postulat.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Ich halte das Votum von Tanja Maag (AL), die heute krankheitsbedingt fehlt. Der Stadtrat anerkennt in seiner Antwort, wie wichtig Assistent*innen mit Berufsattest und Pflegehelferinnen für die Versorgung in unseren Gesundheitszentren, aber auch im Stadtspital sind. Er schreibt sogar selbst, deren Arbeit sei von grossem Wert. Wenn das tatsächlich so ist, stellt sich die Frage, weshalb sich



der Stadtrat weigert, dieser Wertschätzung bei der Lohnentwicklung Rechnung zu tragen. Die Motionsantwort überzeugt die Alternative Linke inhaltlich absolut nicht. Der Stadtrat verweist auf Funktionsbeschriebe, Marktvergleiche und die Wettbewerbsneutralität des Staats. Alles ist super formuliert, aber leider weit entfernt von der Realität auf den Abteilungen und in der Spitex – sowie leicht geschichtsvergessen. Im Rahmen des Programms «Stärkung Pflege» wurden die Pflegeberufe überprüft. Rund 70 Prozent des Pflegepersonals erhielten eine höhere Funktionsstufe und damit eine bessere Entlohnung. Das war richtig und wichtig. Es erhöhte die Attraktivität der Stadt Zürich als Arbeitgeberin und verbesserte die Personalsituation. Aber genau die Berufsgruppe, die den Betrieb täglich mitträgt, ging praktisch leer aus. Heute behauptet der Stadtrat, die Anforderungen an Assistent*innen mit Berufsattest und Pflegehelfer*innen hätten sich seit der letzten Überprüfung nicht wesentlich verändert. Das mag auf dem Papier stimmen, in der Praxis aber nicht: Es ist unbestritten, dass das Assistenzpersonal heute mehr Verantwortung übernimmt und den Personalmangel Tag für Tag abfedert. Anders gesagt: Weil Fachpersonen fehlen, werden die Aufgaben nach unten verlagert. Das ist in allen Gesundheitsbereichen zu beobachten. Zu behaupten, ausgerechnet beim Assistenzpersonal habe sich nichts verändert, ist schlicht nicht glaubwürdig. Dasselbe gilt für die technokratische Argumentation der Wettbewerbsneutralität. Der Stadtrat schreibt, eine Höherstufung würde diesem Grundsatz widersprechen. Aber denselben Einwand hätte man auch vorbringen können, als er die Funktionsstufen des Pflegepersonals anhebte. Heute, wo wir über die unterste Kaste sprechen, soll das plötzlich nicht möglich sein? Offensichtlich sind alle Pflegeberufe gleich, aber manche sind gleicher. Ebenso wenig überzeugt uns der Verweis auf den Marktvergleich. Entscheidend ist doch nicht, ob wir leicht über dem schweizerischen Durchschnitt liegen. Entscheidend ist, ob wir genügend Menschen für die anspruchsvolle Arbeit gewinnen und langfristig halten können. Besonders aufschlussreich ist deshalb der Schluss der Antwort des Stadtrats: Er will mehr Work-Life-Balance, Weiterbildung und eine bessere Aufgabenverteilung prüfen. Das sind alles sinnvolle Massnahmen, aber sie ersetzen keinen fairen Lohn. Wertschätzung zeigt sich nicht nur in Berichten und Prüfaufträgen, sondern auf dem Lohnzettel. Besonders bei den untersten Einkommensstufen gilt: Nur Bares ist Wahres. Wer mehr verdient, hat mehr Freiheit, sich für eine bessere Work-Life-Balance, Weiterbildungen oder vielleicht auch eine simple Verbesserung der eigenen materiellen Bedingungen zu entscheiden. Unsere Motion verlangt keine Sonderbehandlung. Sie verlangt lediglich, dass die heutige Einstufung an die tatsächlichen Anforderungen angepasst wird. Ohne Assistent*innen mit Berufsattest oder Pflegehelfer*innen funktioniert weder ein Gesundheitszentrum noch die Spitex. Diese Menschen tragen unsere Gesundheitsversorgung jeden Tag mit. Stellenbeschriebe pflegen keine Menschen. Menschen pflegen Menschen. Dafür verdienen sie mehr als warme Worte oder Klatschen.

Janina Flückiger (Grüne): Damit unser Gesundheits- und Betreuungssystem funktioniert, braucht es die tragende Kraft aller Berufsgruppen. Während wir in den letzten Jahren viel über die Aufwertung der Pflegefachberufe gesprochen haben, drohen jene, die das Fundament dieser Arbeit mittragen, vergessen zu gehen. Genau daher fordern wir mit unserer Motion eine Lohn- und Funktionsstufenerhöhung für die pflegerischen und betreuenden Assistenzkräfte, Pflegehelfer*innen und Assistent*innen Gesundheit und



*Soziales. In gesundheitlicher Not oder im Alter ist die Arbeit dieser Menschen unbezahlbar. Das realisieren wir spätestens dann, wenn wir selber oder jemand, der uns nahesteht, sich in einer solchen Lage befindet. Es sind die Assistenzberufe, die tagtäglich die intime Grundpflege leisten. Sie schenken Würde, wo der Alltag schwerfällt. Sie sind oft das menschliche Gesicht, das den Patient*innen und Bewohner*innen am meisten Zuwendung schenkt. Diese Arbeit ist emotional und körperlich enorm fordernd. Es ist deshalb höchste Zeit, die gestiegenen Anforderungen und Belastungen dieser Menschen finanziell fair abzugelten. Wenn wir über einen akuten Fach- und Lehrlingsmangel im Gesundheitswesen klagen, müssen wir bei diesen Einstiegs- und Assistenzberufen ansetzen. Wer eine faire und zukunftsfähige Pflege will, muss das gesamte Team stärken.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): Der Mehrwert der Assistenzfunktionen ist unbestritten. Diese Einschätzung teilen wir. STR Andreas Hauri sagte, dass mit dem Programm «Stärkung Pflege» zumindest ein Teil der Pflegeinitiative umgesetzt wurde. Das begrüssen wir. Was wir kritischer sehen, ist, dass man ein Anliegen in diese Motion verpackt, das aus unserer Sicht nicht motionabel ist. Wir sehen auch die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt. Private und vor allem private gemeinnützige Institutionen haben extrem Mühe, Leute zu finden. Diese können ihre Arbeitsbedingungen nicht zusätzlich anpassen, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Sie müssen sich an Restriktionen und Finanzierungsvorgaben halten. Sie können dafür nicht Steuergelder nehmen, sondern müssen ihre Löhne mit den Taxgeldern finanzieren. Die Stadt Zürich macht in diesem Bereich nicht zufällig jedes Jahr einen zweistelligen Millionenverlust. Privat Gemeinnützige können das nicht. Daher lehnen wir die Motion ab, aber unterstützen das Postulat. Es soll geprüft werden, was verbessert werden kann, aber nicht ohne Rücksicht auf Verluste.

Pascal Lamprecht (SP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Aufgrund der Antwort des Stadtrats wollten wir die Motion nicht in ein Postulat umwandeln. Wir nehmen aber den Punkt auf, dass es vielleicht doch nicht motionabel ist. Deshalb stimmen wir dem Antrag zähneknirschend zu. Ich möchte aber festhalten, dass ein System nicht in Stein gemeisselt sein muss. Man kann es laufend anpassen, justieren und überprüfen. Selbstverständlich sind die Anpassungen eine grosse Herausforderung und es soll nicht auf Kosten anderer Berufsgruppen gehen. Aber die Sozialpartner haben Erfahrung mit diesen Systemen. Einfach den Kopf in den Sand stecken, wäre aus unserer Sicht eine Verweigerungshaltung. Auch die Antwort, dass man bei der Work-Life-Balance hinschauen will, ist für uns ein Hohn. Das sollte eine Daueraufgabe sein.

Thomas Hofstetter (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/388 (statt Motion GR Nr. 2025/376, Umwandlung) wird mit 79 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat